

Bewirtschaftete Wälder vermögen mehr Kohlenstoff zu binden

Zum Leserbrief «Holzheizung ist nicht klimafreundlich»,
Ausgabe vom 1. Juni

Holzenergie sei nicht klimafreundlich, behauptet Werner Grunder in seinem Leserbrief vom 1. Juni. Dazu einige Zahlen: Zurzeit stehen im Schweizer Wald rund 430 Millionen Kubikmeter Holz. Jedes Jahr wachsen 10 Millionen Kubikmeter nach.

Das Waldgesetz schreibt vor, dass wir jedes Jahr maximal diese Menge nutzen dürfen (effektiv wird seit Jahren weniger genutzt). Mit dem Energieholz ersetzen wir fossile Energien. Energieholznutzung und CO₂-Speicherung im Wald sind keine Gegensätze.

Im Gegenteil. Im Jahr 1990 nutzten wir in der Schweiz 3,2 Millionen Kubikmeter Energieholz. 2019 waren es 5,3 Mil-

lionen Kubikmeter. Im gleichen Zeitraum ist der Holzvorrat im Schweizer Wald von 382 Millionen auf 430 Millionen Kubikmeter angestiegen.

Mit einem Verzicht auf die Energieholznutzung schaffen wir einerseits im Wald für unsere Kinder und Enkelkinder eine zukünftige CO₂-Quelle. Andererseits vergeben wir uns leichtsinnig die Chance, jetzt sofort fossile Energien zu er-

setzen, welche CO₂ ausstossen, das vor Millionen vor Jahren gebildet wurde.

Es besteht ein signifikanter Unterschied zwischen einem bewirtschafteten und einem nicht bewirtschafteten Wald in der Zuwachsleistung. Ein bewirtschafteter Wald weist einen höheren Holzzuwachs auf, vermag deshalb mehr Kohlenstoff zu binden und leistet so einen grösseren Beitrag an den

Klimaschutz als ein nicht bewirtschafteter Wald.

Wärmepumpen sind gewiss gute Lösungen. Allerdings schaffen sie eine zusätzliche Nachfrage nach Winterstrom. Dieser wird bekanntermassen schon heute teilweise importiert und mit fossilen und nuklearen Energien erzeugt.

Andreas Keel, Holzenergie Schweiz, Zürich

Ja zum Zeughaus – auch für die Bevölkerung

Am 13. Juni stimmen wir in Uster über einen Projektierungskredit für ein Begegnungszentrum auf dem Zeughausareal ab. Es mutet fast kleinkrämerisch an, wenn man fürs Hallenbad 38 Millionen hat, ebenso werden für den Fussball Millionen locker gemacht, was für eine Stadt wie Uster mit 35 000 Einwohnern richtig ist.

Beim Zeughaus geht es nur um einen Projektierungskredit von 2,3 Millionen Franken und nicht um 20 Millionen Franken. Bei einem Nein hätten wir die gleiche Situation wie damals beim Schulhaus Krämeracker, nämlich einen Scherbenhaufen.

Auf dem Buckel der Bevölkerung wird rechts und links Politik gemacht, um die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und den verlorenen Wahlen nachzutraumern. Wie in der nationalen Politik weiss die FDP nicht, was sie eigentlich will, und stösst viele Bürgerliche vor den Kopf. Hoffentlich werden am 13. Juni die Bevölkerung und die Kultur nicht vergessen.
Hanspeter Hertach, Uster

CO₂-Gesetz – ein Gesetz der Cüpli-Parteien

Am 13. Juni stimmen wir über ein Gesetz ab, das dem Weltklima nichts, aber auch gar nichts bringt, unsere ärmere Bevölkerung aber noch ärmer macht und ihr noch die letzten kleinen Freuden wegnimmt.

Um 12 Franken sollen die Benzinpreise erhöht werden, die Sommerferien mit dem Flugzeug werden für eine vierköpfige Familie um Hunderte von Franken verteuert, und die

Mietpreise werden in schwindelerregendem Mass erhöht werden. Schon jetzt beträgt die Quartalsrechnung der Stadtwerke für ein einfaches Einfamilienhaus 1000 Franken, da wird wohl mit den erhöhten Abgaben ein ärmerer Flurbesitzer Strom und Heizung von 19 Uhr bis morgens um 8 Uhr abstellen müssen. Junge Familien mit zwei oder drei Kindern werden in eine Zweizimmer-

wohnung ziehen müssen, weil sie sich die höheren Mietpreise nicht mehr leisten können, und Auto fahren werden sowieso nur noch die Reichen.

An vorderster Front für das CO₂-Gesetz stehen die Cüpli-Parteien Grüne und SP, und die FDP, die schon lange damit angefangen hat, die SP links zu überholen, macht bei diesem Öko-Trip auch noch mit. Insbesondere die neue SP mit ihren

gut betuchten Mitgliedern hat ihre ursprünglichen Wähler, einfache Arbeiter, Bützer, Gewerkschafter und Benachteiligte, schon längst vergessen.

Die gut betuchten Mitglieder der neuen SP sollen in ihren schmucken Einfamilienhäusern so viele Windrädchen aufstellen, wie so wollen, aber sie sollen aufhören, uns alles zu verbieten. Liebe Arbeiter, Bützer, Gewerkschafter und Be-

nachteiligte, lassen wir uns von dem Geschwafel der Cüpli-Parteien nicht beeinflussen, sie haben uns schon längst vergessen. Kaufen wir ohne schlechtes Gewissen unseren Gebrauchtwagen mit Benzinmotor und stimmen Nein zu diesem Geldvernichtungsgesetz. Es sind nicht wir, die die Welt retten müssen, das müssen andere tun.
Max Huber, Wetzikon

CO₂-Gesetz: nötig, günstig und gerecht

Zum Leserbrief «Handlungsspielraum für Eigenverantwortung»,
Ausgabe vom 2. Juni

Der oben genannte Leserbrief im ZO/AvU vom 2. Juni präsentiert zwei Argumente gegen das CO₂-Gesetz. Die CO₂-Emissionen pro Kopf seien in den letzten zehn Jahren um einen Viertel zurückgegangen, und die Schweiz sei global betrachtet nur für einen sehr kleinen Teil

des CO₂-Ausstosses verantwortlich.

Der erste Punkt ist schlicht falsch. Die für das Klima relevante Grösse ist der CO₂-Ausstoss, den die Endnachfrage aus der Schweiz verursacht, also inklusive Importgüter. Und der hat zugenommen. Rasches Handeln ist also nötig.

Mit dem zweiten Argument könnte man sich genauso gut weigern, Steuern zu zahlen.

Mein Beitrag ist ja nur gering. Sollte man hier auch an die Eigenverantwortung appellieren? Der Leserbrief sieht gemäss Titel Handlungsspielraum für Eigenverantwortung. In Tat und Wahrheit stiehlt sich diese Argumentation aus der Verantwortung.

Die Schweiz gibt jedes Jahr 10 Milliarden Franken für fossile Energieträger ins Ausland aus, die sich in warme Luft auf-

lösen. Dieses Geld sollte besser im Inland investiert werden und so Arbeitsplätze in zukunftsgerichteten Technologien schaffen. Das CO₂-Gesetz ist also auch günstig, weil weniger Geld für fossile Energieträger ins Ausland abfließt und so der heimischen Bevölkerung zugute kommen kann. Von den langfristigen Klimafolgekosten für nachfolgende Generationen ganz zu schweigen.

Das CO₂-Gesetz ist auch gerecht, weil nur die netto zahlen, die viel CO₂ ausstossen. Das Gesetz sieht Lenkungsabgaben vor, die via Krankenkassenprämien zum grossen Teil zurückerstattet werden. Wer zehnmal pro Jahr fliegt, zahlt drauf, ja. Was soll daran ungerecht sein? Wer wenig CO₂ emittiert, hat mehr Geld im Portemonnaie als vorher.
Andreas Pauling, Gemeinderat GLP, Uster

Artikelbezug angeben

Viele Leserbriefe beziehen sich auf einen Artikel, der im ZO/AvU erschienen ist. Der Redaktion wird die Arbeit erleichtert, wenn der genaue Titel dieses Artikels sowie das Erscheinungsdatum schon vom Verfasser des Briefs genannt werden. Das heisst, wenn nicht einfach auf «Ihre Berichterstattung zum Thema XY» verwiesen, sondern ein exakter Verweis angeführt wird. (zo)

Die Landwirtschaft profitiert

In der Landwirtschaft bekommen wir die Auswirkungen des Klimawandels direkt zu spüren. Wetterextreme wie Stürme, Hagel, starke Regenfälle oder grosse Hitze sind häufiger geworden, erschweren die Arbeit und führen zunehmend zu Ernteeinbussen. Jammern oder resignieren bringt nichts. Wir sind alle gefordert zu handeln.

Der Weg dazu liegt jetzt mit dem ausgewogenen, fairen, familienfreundlichen CO₂-Gesetz auf dem Tisch. Es nimmt Rücksicht darauf, dass Land- und Forstwirtschaft besonders mit dem Klimawandel zu kämpfen haben, und unterstützt sie in der Anpassung daran.

Gerade Menschen auf dem Land und Bauernfamilien pro-

fitieren besonders von der Rückverteilung der Klimaabgabe, denn sie gehören zu den Wenigfliegern und heizen oft mit Holz.

Nicht zuletzt ist die Landwirtschaft mit der Produktion von Biogas und Solarenergie auch ein Teil der Lösung. Beispielsweise können Betreiber von landwirtschaftlichen Bio-

gasanlagen beim Kompensationsmechanismus mitmachen und Bescheinigungen für Klimaschutzreduktionen verkaufen. So sagen auch Bauernverband und die gesamte Forst- und Holzwirtschaft Ja zum Gesetz. Auch ich werde ein Ja in die Urne legen für ein gutes Klima auf dem Land.
Gerhard Fischer Bärenswil

Kein Platz für Ausweichrouten

«Parlament stimmt gegen ein verkehrsfreies Zentrum Oberwetzikon»,
Ausgabe vom 1. Juni

Wenn man ein verkehrsfreies Zentrum haben will, braucht es Platz, damit man den Verkehr umleiten kann. Doch das hat Wetzikon nicht. Während der Stosszeiten herrscht auf den anderen Strassen in Oberwetzikon schon jetzt oft ein Chaos. Wenn man das Zentrum in Oberwetzikon zumacht, verlagert sich der Verkehr noch mehr auf die jetzt schon überlasteten Abschnitte.
Remo Meier, Uster

Mehr Leserbriefe...

Weitere Leserbriefe gibt es in dieser Ausgabe auf Seite 14.

Wenn Sie wissen wollen, was heute vor Ihrer Haustüre passiert.

